

Sitzungsniederschrift

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 16.12.2015
Sitzungsort:	Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Sitzungsdauer:	14:30 Uhr - 17:30 Uhr
Art der Sitzung:	öffentlich

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

Niederschriftführer

Arno Fickus

Vorsitzender

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Vorsitzender zu TOP 3

Gerhard Postel

Anwesend waren:

Landrat Ihlenfeld **als Vorsitzender**

Potje, Claus **Erster Kreisbeigeordneter**
Rüttger, Frank **Kreisbeigeordneter**
Pfuhl, Reinhold **Kreisbeigeordneter**

Mitglieder CDU-Fraktion

Armbrust, Renate
Bechtel, Torsten
Grohe, Hans
Groß, Birgit
Hebinger, Stefan (anwesend bis Top 9, 17.20 Uhr)
Hoffmann, Theo
Kretner, Ralf
Kutschke, Sabine
Lorch, Lothar
Mittrücker, Norbert Dr. (fehlte entschuldigt)
Sauer, Friedel
Schanzenbächer, Elke
Schindler, Norbert (anwesend von Top 3 (15.16 Uhr) bis
Top 6 (17.15 Uhr)

Seelmann, Peter
Stölzel, Reinhard
Wagner, Klaus (anwesend von Top 2 (14.40 Uhr) bis
Top 10 (17.25 Uhr)

Wolf, Markus
Wolf, Walter (fehlte entschuldigt)

Mitglieder SPD-Fraktion

Armbruster, Gerd
Brenzinger, Reinhard
Dormann, Jakob
Geis, Ruth
Germann, Andrea
Glogger, Christoph
Hauenstein, Martina
Niederhöfer, Reinhold
Pojtinger, Erich
Schreiner, Hans-Robert Prof. Dr.
Vogel, Adam
Wode-Buser, Martina
Wolf, Hans Dr. (fehlte entschuldigt)

Mitglieder FWG-Fraktion

Adam, Johannes
Eschmann, Friedrich
Nagel, Arnold
Postel, Gerhard
Rung-Braun, Heike
Stähly, Johannes

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Hoffmann, Rudolf
Magez, Pirmin
Maurer, Annette
Werner, Pia

Mitglieder FDP-Fraktion

Langensiepen, Heidi
Schrank, Edwin

Mitglieder AfD-Fraktion

Kräher, Wolfgang
Nieland, Iris

Mitglied Die Linke

Beck, Stefanie

(anwesend bis Top 5 (17.08 Uhr))

Verwaltung:

Herr Martin,
Frau Thomas,
Herr Appel,
Pressereferentin Müller,
Herr Bauer
Herr Langenbacher
Herr Pabst

Ltd. Staatl. Beamter
Abteilung 1
Abteilung 1
Abteilung 1
Personalrat
Kreiskrankenhaus Grünstadt
Abfallwirtschaftsbetrieb

Herr Fickus,

Abteilung 1, als Niederschriftführer

Gäste:

Herr Alfter

Presse

Tagesordnung :

1. Einwohnerfragestunde
2. Situation der hausärztlichen Versorgung im Landkreis; mündlicher Vortrag
3. Prüfung des Jahresabschlusses 2014 und Entlastung des Landrats und der Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben.
Vorlage: 164/2015
4. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 203/2015
5. Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim; Wirtschaftsplan 2016
Vorlage: 194/2015
6. Kreiskrankenhaus Grünstadt; Wirtschaftsplan 2016
Vorlage: 184/2015
7. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung
Vorlage: 195/2015
8. Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Landau; Neuberufung der Mitglieder und Stellvertreter aus der Gruppe der öffentlichen Körperschaften für die am 01.07.2016 beginnenden 13. Amtszeit
Vorlage: 177/2015
9. Vereinbarung zwischen den Landkreisen Germersheim, Südliche Weinstraße und Bad Dürkheim, sowie den kreisfreien Städten Landau in der Pfalz und Neustadt an der Weinstraße über eine Beteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung zu Förderschulen mit großem Einzugsbereich
Vorlage: 161/2015
10. Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Bildung eines Frauenbeirats
Vorlage: 166/2015
11. Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Beirat für Migration und Integration des Landkreises Bad Dürkheim
Vorlage: 209/2015

Nicht öffentlicher Teil:

12. Projekt RHB 2010;
- neues Bedienungskonzept
Vorlage: 029/2008/7

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
___ JA -Stimmen	___ Nein -Stimmen	___ Enthaltungen

Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Fragen von Einwohnern im Sinne des § 21 der Geschäftsordnung des Kreistages la-
gen nicht vor.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend	<input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen	<input type="checkbox"/> geheim	<input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss		<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag		
<input type="checkbox"/> einstimmig		<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:				
__ JA -Stimmen		__ Nein -Stimmen		__ Enthaltungen		

Tagesordnung:

Situation der hausärztlichen Versorgung im Landkreis; mündlicher Vortrag

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Verwaltung aufgrund eines Antrages der FWG-Fraktion zum sog. „Telearzt“-Projekt die Informationen über die ärztliche Versorgung im Landkreis auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt hat.

Herr Olaf Diederichs von der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz erläutert anhand einer Präsentation die Vertragsärztliche Versorgung im Landkreis Bad Dürkheim. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Nachfrage erläutert Herr Diederichs, dass unter dem Begriff „Hausarzt“ Fachärzte für Allgemeinmedizin und hausärztlich niedergelassene Internisten zu verstehen ist.

Des Weiteren besteht grundsätzlich ein Anspruch auf eine Hausärztliche Behandlung, die jedoch in begründeten Einzelfällen (Kapazitätsgrenze der Praxis, gestörtes Arzt-Patientenverhältnis) verweigert werden kann. Ob die Möglichkeit besteht die Großgemeinde Haßloch in der Bedarfsplanung unabhängig von der Stadt Neustadt an der Weinstraße beurteilt werden kann, erläutert Herr Diederichs, dass dies grundsätzlich zwar möglich sei, aber aufgrund der zu kleinen Planungsbereiche kein Einvernehmen mit den Gesetzlichen Krankenkassen hergestellt werden kann und darüber hinaus durch die kleinen Planbereiche die Schwankungen zwischen Über- und Unterversorgung eine extreme Ausprägung annimmt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Drucksache **164/2015**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
39 JA -Stimmen	4 Nein -Stimmen	— Enthaltungen

Tagesordnung:

Prüfung des Jahresabschlusses 2014 und Entlastung des Landrats und der Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben.

Beschluss:

Die Jahresabschluss, nebst allen Anlagen, für das Haushaltsjahr 2014 wird in der Ergebnisrechnung mit einem negativen Saldo (Pos. 31 der Ergebnisrechnung) in Höhe von 4.988.837,91 €, in der Finanzrechnung mit einem negativen Saldo (Pos. 26 und Pos. 46 der Finanzrechnung) in Höhe von 2.951.057,93 € und einer Bilanzsumme von 310.530.308,15 € festgestellt.

Der Landrat und die Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben, werden entlastet.

Ausschließungsgründe:

Herr Landrat Ihlenfeld, Herr Erster Kreisbeigeordneter Potje, Herr Kreisbeigeordneter Rüttger und Herr Kreisbeigeordneter Pfuhl nehmen an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil und begeben sich in den öffentlichen Zuhörerraum.

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Kreistagsmitglied Postel als ältestes anwesendes Mitglied des Gremiums.

Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung 2014 geht Kreistagsmitglied Stähly auf den Umfang der vom Ausschuss durchgeführten Prüfung ein. Insbesondere stellt er die Prüfungsschwerpunkte Beschaffungswesen und hierbei insbesondere bei den Kreiseigenen Schulen, Umgang mit Barmitteln bei den Kreiseigenen Schulen und Forderungen des Landkreises gegen Dritte heraus. Für den Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt er den Jahresabschluss wie in der Vorlage dargestellt festzustellen und die Entlastung des Landrates, sowie der Kreisbeigeordneten in Vertretung auszusprechen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist Kreistagsmitglied Maurer auf den Prüfbericht zur Jahresrechnung 2014 des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamts, der nach Auffassung der Fraktion eklatante Missstände darstellt. Insbesondere im Vergabewesen seien aufgrund mangelhafter Vorbereitung und Ausführung dem Kreis erhebliche Nachteile entstanden. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Rechnungsprüfungsausschuss seien diese Fehler und deren Folgen nicht ausreichend gewürdigt und keine entsprechenden Folgen formuliert worden. Des Weiteren würden die Mitarbeiter der Verwaltung durch eine Überregulierung des Dienstablaufs hauptsächlich mit internen Verfahrensabläufen beschäftigt werden und die tatsächliche Aufgabenerfüllung in den Hintergrund treten.

Für die FDP-Fraktion widerspricht Kreistagsmitglied Langensiepen entschieden der Darstellung zur Aufgabenerfüllung der Verwaltungsmitarbeiter.

Kreistagsmitglied Geis, die ebenfalls als Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss fungiert, widerspricht der Darstellung der Arbeit im Ausschuss bei der Prüfung der Jahresrechnung. Das Gesamtbild stellt sich mit Ausnahmen als ordnungsgemäß dar, in Bereichen in denen Verbesserungen bzw. Korrekturen notwendig sind, hat der Ausschuss der Verwaltung auferlegt diese durchzuführen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache **203/2015**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
29 JA-Stimmen	15 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Tagesordnung:

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016

Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 werden in der vorberatenen Fassung beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Landrat Ihlenfeld stellt in seiner Haushaltsrede fest, dass der Landkreis trotz der gestiegenen Steuereinnahmen, der Übernahme der Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs eine enorme Unterfinanzierung aufweist. Wie viele andere Landkreise auch kann der Kreis Bad Dürkheim diese finanzielle Misere nicht aus eigener Kraft heraus meistern. Die Vorstellungen zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte über den kommunalen Entschuldungsfonds wurden nicht erfüllt. Die Steigerung der Liquiditätskredite wurde zwar gebremst.

Das Ziel einer Gesamtkonsolidierung der Kreisfinanzen bis zum Jahr 2026 wird jedoch eindeutig verfehlt. Durch die ungedeckten Pflichtaufgaben des Kreises werden die Konsolidierungsbemühungen negiert. In der aktuellen Situation bringt die Finanzierung der Defizite aus der Aufnahme, Betreuung, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge den Kreis in eine Situation, die so nicht erwartet werden konnte. Auch in diesem Bereich decken die Erstattungen nicht den tatsächlichen Aufwand der vor Ort entsteht. In der Haushaltsplanung für 2016 wurde daher eine vom Kreis selbst zu finanzierende Lücke im Bereich Asyl von 7,2 Mio € angenommen. Hinsichtlich der Kreisumlage hat die ADD im Haushaltsgenehmigungsverfahren eine spürbare Erhöhung angemahnt, die aus betriebswirtschaftlicher Sicht eigentlich unumgänglich wäre. Der Kreis vertritt jedoch die Auffassung, dass den Kommunen aufgrund ihrer eigenen Finanzschwäche, in einigen Fällen der besonderen Finanzschwäche, eine Erhöhung der Kreisumlage nicht zuzumuten ist. Der vorliegende Haushalt sieht daher vor die Kreisumlage im kommenden Jahr in gleicher Höhe wie bisher beizubehalten.

Einen Hauptgrund für die defizitäre Lage des Landkreises sieht Kreistagsmitglied Stölzel für die CDU-Fraktion in der mangelnden finanziellen Ausstattung durch Bund und Land. Er zieht hierzu den Vergleich mit den umliegenden Bundesländern Baden-Württemberg und Hessen, wo dies deutlich besser zugunsten der Kreise ausgestaltet ist. Notwendigerweise ist dennoch der Haushalt in der vorliegenden Form zu beschließen um zu gewährleisten, dass der Kreis im kommenden Jahr arbeitsfähig ist. Zwar bestehen Mehreinnahmen von 1,8 Mio. € durch die gestiegene Finanzkraft der Kommunen, doch diesen steht der ungebremsste Anstieg der Sozillasten gegenüber. Eine Erhöhung der Kreisumlage sieht die Fraktion als nicht durchführbar an, dies würde den Kommunen im Kreis ihre Handlungsfähigkeit nehmen. Als durchführbare Maßnahmen zur Verbesserung der Situation fordert die Fraktion die Einführung eines Controllings in der Verwaltung und die Einführung eines Produkthaushalts.

Die bisher höchsten Einnahmen stellt für die SPD-Fraktion Kreistagsmitglied Niederhöfer in diesem Jahr fest. Trotzdem bringen diese Einnahmen keine Verbesserung für den Landkreis mit sich, da ein zu hoher Aufwand insbesondere in den Bereichen Soziales und Asyl denen keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen. Zur Kreisumlage merkt die Fraktion an, dass diese unter Einbezug des Progressionszuschlags im Landesdurchschnitt liegt und nicht darunter. Hinsichtlich der Stellenmehrung im kommenden Jahr wird der Verwaltung vertraut, dass diese notwendig und unumgänglich sind; überprüfbar wäre dies jedoch aus Sicht der Fraktion nicht.

Ein nachvollziehbares Zahlenwerk stellt aus Sicht der FWG-Fraktion der Haushalt dar, wie Kreistagsmitglied Rung-Braun ausführt. Seitens der Fraktion wird die Entscheidung die Kreisumlage nicht zu erhöhen mitgetragen. Da der Kreishaushalt vor allen Dingen durch die Auftragsangelegenheiten, ohne eine adäquate Gegenfinanzierung belastet wird, spricht sich die Fraktion dafür aus, die Ausführung dieser Auftragsangelegenheiten im Rahmen einer „Kommunale Revolution“ zu verweigern. Im Übrigen sollte darüber nachgedacht werden, das wirtschaftliche Verhalten des Landkreises durch ein externes Unternehmen professionell überprüfen zu lassen.

Für die AfD-Fraktion stellt sich der Haushalt als ein schlüssiges Zahlenwerk dar, wie Kreistagsmitglied Kräher ausführt. Neben der Verantwortlichkeit von Bund und Land zur Sicherstellung der Kommunalen Finanzen sieht die Fraktion hier auch ein Verschulden auf europäischer Ebene an der defizitären Situation der Landkreise. Auch sei keine spürbare Entlastung der sog. Vorabmilliarde bei den Kreisen angekommen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich der Forderung an, die Ausführung von Auftragsangelegenheiten zu verweigern. Kritik äußert die Fraktion daran, dass nach ihrer Auffassung ein Einstellungstop bei der Verwaltung nicht beachtet wird, was seitens der Fraktion nicht mitgetragen werde. Für die Fraktion stellt Kreistagsmitglied Werner den Antrag die Kreisumlage um einen Prozentpunkt zu erhöhen.

Die Herausforderungen durch den Flüchtlingszustrom stellen sich nicht nur als internationale, sondern auch als kommunale Aufgabe dar, wie Kreistagsmitglied Langensiepen für die FDP-Fraktion ausführt. Die Fraktion fordert einen geschlossenen kommunalen Ungehorsam gegen die immer weiter wachsenden Aufgaben, welche die Landkreise ohne entsprechende finanzielle Grundlage zu erfüllen haben.

Der Vorsitzende stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Kreisumlage in 2016 um einen Prozentpunkt zu erhöhen zur Abstimmung. Der Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen zu 36 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

Kreistagsmitglied Adam gibt eine persönliche Erklärung vor der Beschlussfassung über den Haushalt 2016 ab. Er habe den Sitzungen der Ausschüsse in denen der Haushalt beraten wurde beigewohnt und kann daher bestätigen, dass hierbei die Gremien und die Verwaltung einwandfreie Arbeit bei der Erstellung des Haushaltes gemacht hätten. Er werde dem Haushalt trotzdem nicht zustimmen können, da er den Standpunkt vertritt, dass die zugrundeliegende Struktur der kommunalen Finanzausstattung falsch ist.

Nach der Beschlussfassung gibt Kreistagsmitglied Postel nachfolgende persönliche Erklärung ab:

„Ich habe gegen den Haushalt gestimmt:

1. Weil ich diese Überschuldung mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, allein in den letzten 3 Jahren fast 30 Mio. € Neuschulden dazu gekommen und vor allem sind keine ernsthaften Ansätze zur Konsolidierung sichtbar!
2. Ich bin vehement gegen die Rehbachverlegung. Die Verlegung bringt für Haßloch keinen nennenswerten Hochwasserschutz (siehe Wirkungsnachweis von Hydrotec).

Jedem KT-Mitglied empfehle ich sich den Planfeststellungsbeschluss auf der SGD Homepage anzusehen. Beim Trockenlegen des Rehbach alt, ist die Klimaveränderung nicht untersucht! Auch die Vorgaben die zu dieser Planung geführt haben sind falsch, denn sie beruhen auf den ersten, falschen Timis Daten. Weiter stehen Kosten – Nutzen in keinem Verhältnis. Die Kosten laufen jetzt schon aus dem Ruder. Von dem Erstanatz mit 3 Mio. sind wir jetzt schon bei 4,3 Mio. €.

Ein Ende ist nicht abzusehen, denn es stehen ja noch die Maßnahmen 2 und 3 aus, bei denen es keine 90 % sondern nur 60 % Zuschuss gibt. Dies wird eine teure Sache für den Kreis, dabei zeichnen sich einfache und wesentlich billigere Lösungen ab. Neustadt geht voran und zeigt uns wie es geht. Die Ursache ist die unterlassene Instandhaltung. Dabei ist eine Sanierung der maroden Dämme möglich.

In der heutigen Situation, bei einem Schuldenstand von über 200 Mio. €, sollte man ernsthaft prüfen, ob man sich solche Prestige-Objekte noch leisten will und vor allem kann!“

Der Vorsitzende sagt zu, diese persönliche Erklärung in die Niederschrift aufzunehmen, obwohl hierzu kein Anspruch des Kreistagsmitgliedes besteht, da die Erklärung erst nach der Beschlussfassung abgegeben wurde (§ 26 Abs. 3 GeschOKT).

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 5

Drucksache **194/2015**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim; Wirtschaftsplan 2016

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2016 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim wird beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende geht erläuternd auf die Beschlussvorlage ein und erinnert daran, dass die moderat durchgeführte Gebührenerhöhung in 2015 von den Kunden des AWB akzeptiert wurde.

Kreistagsmitglied Magez führt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, dass aufgrund der vorsichtigen Kalkulation das positive Planergebnis mit Wahrscheinlichkeit noch übertroffen werde.

Er erinnert an die von der ADD gemachte Auflage einer Gebührensenkung und geht davon aus, dass diese Auflage erneut durch die Aufsichtsbehörde erfolgen wird. In diesem Zusammenhang weist der Vorsitzende auf eine Unterdeckung bei den Gebühren hin, die durch ein Abschmelzen der Rücklage kompensiert wird.

Für die FWG-Fraktion stellt Kreistagsmitglied Eschmann fest, dass die Ansätze richtig und nachvollziehbar sind. Ob Gebühren gesenkt werden oder in der Höhe beibehalten werden können, wird sich nach Auffassung der Fraktion noch zeigen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 6

Drucksache **184/2015**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreiskrankenhaus Grünstadt; Wirtschaftsplan 2016

Beschluss:

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2016 und die Stellenübersicht 2016 werden beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Für 2015 geht der Vorsitzende auf den Patientenzuwachs, die Anschaffung eines MRT am Standort, die organisatorischen Veränderungen in der Zentralsterilisation und der Einrichtung der Physiotherapieschule am Kreiskrankenhaus ein. Als nächsten Schritt zur Weiterentwicklung des Kreiskrankenhauses stellt er die Modernisierung des Bettentraktes in Aussicht.

Für die FWG-Fraktion stellt Kreistagsmitglied Adam fest, dass die grundlegenden Beschlüsse des Kreistages zur Entwicklung des Kreiskrankenhauses als Kommunale

Einrichtung sich als der richtige Weg erwiesen haben. In Bezug auf pauschale Landeszuschüsse wird seitens der Fraktion die Notwendigkeit einer Erhöhung gesehen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 7

Drucksache **195/2015**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	4 Enthaltungen

Tagesordnung:

Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung
Vorlage: 195/2015

Beschluss:

Der Änderungssatzung zur Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der Sitzung des Werkausschusses am 01. Dezember die Änderungssatzung um einen Gebührentatbestand erweitert wurde, der bisher nicht aufgeführt war. Die Erweiterung bezieht sich auf die Anlieferung von Asbestzement bis 200 kg, wofür eine Gebühr von 25,00 € erhoben wird. Die aktualisierte Änderungssatzung steht dem Kreistag als Tischvorlage zur Verfügung.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt Kreistagsmitglied Magez, dass grundsätzlich die Anlieferung aller Kleinmengen ohne Gebührenerhebung erfolgen sollte. Die Fraktion vertritt die Auffassung, dass eine Gebührenerhebung ein „wildes“ Entsorgen solcher Abfälle in der Natur zur Folge hätte. Neben den Abfällen, für die in der Vorlage bereits keine Gebühren veranschlagt wurden, beträfe dies die Kleinmengenanlieferung von Rest- und Gewerbeabfall, Bauschutt, sowie Fenster und Rollläden.

Es herrscht Einvernehmen im Gremium, zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzustimmen und im Fall einer negativen Entscheidung über eine, im Sinne der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geänderte Fassung abzustimmen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 8

Drucksache **177/2015**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u> </u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Landau; Neuberufung der Mitglieder und Stellvertreter aus der Gruppe der öffentlichen Körperschaften für die am 01.07.2016 beginnenden 13. Amtszeit
Vorlage: 177/2015

Beschluss:

Der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier wird als Mitglied für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Landau Herr Erster Kreisbeigeordneter Claus Potje vorgeschlagen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 9

Drucksache **161/2015**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Vereinbarung zwischen den Landkreisen Germersheim, Südliche Weinstraße und Bad Dürkheim, sowie den kreisfreien Städten Landau in der Pfalz und Neustadt an der Weinstraße über eine Beteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung zu Förderschulen mit großem Einzugsbereich

Vorlage: 161/2015

Beschluss:

Mit den Landkreisen Germersheim, Südliche Weinstraße und Bad Dürkheim, sowie den kreisfreien Städten Landau in der Pfalz und Neustadt an der Weinstraße wird die Vereinbarung über die Beteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung von Schülerinnen und Schülern zu Förderschulen mit großem Einzugsbereich gemäß der Anlage 1 beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 10

Drucksache **166/2015**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
38 JA -Stimmen	2 Nein -Stimmen	0 Enthaltungen

Tagesordnung:

Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Bildung eines Frauenbeirats
Vorlage: 166/2015

Beschluss:

Die Satzung über die Bildung eines Frauenbeirats für den Landkreis Bad Dürkheim wird, wie in der vorberatenen Form, beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Kreistagsmitglied Hoffmann befindet sich im Zeitpunkt der Beschlussfassung nicht im Ratssaal und nimmt daher nicht an der Abstimmung teil.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 11

Drucksache **209/2015**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 16.12.2015

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Beirat für Migration und Integration des Landkreises Bad Dürkheim
Vorlage: 209/2015

Beschluss:

Frau Sabine Kutschke wird als stellvertretendes Mitglied in den Beirat für Migration und Integration des Landkreises Bad Dürkheim gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT: